

17. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU

Lokale Bildungsverbände nachhaltig sichern und stärken

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert zu prüfen:

1. Wie die bisherigen Bildungsverbände als regionale Bildungsnetzwerke zur Vernetzung der lokalen Bildungseinrichtungen und weiterer rund um Kita, Schule und Jugend engagierter Akteure vor Ort vom Land Berlin gesichert, stärker unterstützt werden können. Diese sollten das Autonomiebedürfnis und die gewachsenen Kulturen der verschiedenen Verbände berücksichtigen.
2. Ob es einen Bedarf für weitere lokale Bildungsverbände gibt.
3. Unter welchen Rahmenbedingungen eine zukünftige Finanzierung über den Landeshaushalt möglich sein könnte.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Dezember 2015 zu berichten.

Begründung:

Die Bildungseinrichtungen (Kitas, Schulen, Volkshochschulen, Musikschulen, Jugendeinrichtungen) und weitere rund um Kita, Schule und Jugend engagierten Akteure (z.B. Quartiersmanagement, Bezirksamt, Wohnungsgesellschaft, Schulaufsicht, Jugendamt, Jobcenter, Stadtteilmütter, regionale Vereine, Nachbarschaftsheime, u.v.m.) in den lokalen Bildungsverbänden vereint das Ziel, die Chancen der Kinder und Jugendlichen vor allem in sozialen Brenn-

punkten zu verbessern und sie bei ihrer gesellschaftlichen Integration und ihrem sozialen Aufstieg durch Bildung zu unterstützen.

Ihren Ursprung haben sie in der Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung und dem Leitziel, regionale Bildungsnetzwerke mit einer koordinierenden und prozesssteuernden Struktur aufzubauen, der Erkenntnis, dass die unterschiedlichen Bildungsträger im Quartier mit den gleichen Kindern und Familien arbeiten sowie im Berliner Schulgesetz, das die Öffnung der Schule in den Kiez fordert und Kooperationen mit externen Partnern unterstützt. Auch das Brennpunktschulen-Programm greift den Kooperationsgedanken und die Kiez-Öffnung der Schulen mit einer entsprechenden Kooperationszulage auf.

Die lokalen Bildungsverbände leisten mit ihren Arbeitsschwerpunkten der Vernetzung von Bildungs- und Jugendeinrichtungen, Harmonisierung der Übergänge zwischen den Einrichtungen, Elternarbeit, Einbindung der Unterstützungssysteme, Koordination von ehrenamtlich Engagierten und Einwerbung von Stiftungsmitteln oder Sponsoring eine wichtige Arbeit und haben im Rahmen ihrer Sozialraumorientierung den Vorteil, dass sie die lokalen Strukturen, Probleme und Potenziale vor Ort kennen und konkrete Problemlösungen durch Beteiligung unterschiedlicher Akteure, Einrichtungen und Fachabteilungen auf der Bezirks- und Landesebene – auch bei Themen wie z.B. Sprachförderung, Schulsozialarbeit, Hausaufgabenhilfe, Freizeitbereich in der Ganztagsbetreuung, Berufsorientierung – koordinierend in Angriff nehmen können, um problematischen Entwicklungen zu begegnen und dabei Synergieeffekte zu nutzen.

Der Aufbau sowie die Ausgestaltung und Umsetzung der lokalen Bildungsverbände erfolgte bisher fast ausschließlich aus den Mitteln der beteiligten Quartiersmanagements und der ehrenamtlichen Mitwirkung der Akteure in den Bildungseinrichtungen vor Ort, die sich aus der Überzeugung ableitete, dass die Probleme im Quartier nur schwer von der einzelnen Einrichtung allein zu lösen sind und Kooperation die Situation der Kinder und Jugendlichen verbessert. Weil ein Bildungsnetzwerk bzw. ein Bildungsverbund einen Motor braucht, der die gemeinsame Agenda vorantreibt und das Netzwerk zwischen den Einrichtungen und weiteren Akteuren mit Leben füllt, wollen wir ihre wichtige Arbeit sichern und sie stärker unterstützen.

Berlin, 29. September 2015

Saleh Langenbrinck Eggert Özisik Oberg
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der SPD

Graf Schlede Bentele
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU